

Handy-Verbot im Auto: Der ARBÖ spricht sich für eine vernünftige Übergangslösung aus

Wien (ARBÖ) - Der ständige Verkehrsunterausschuß des Nationalrates tagt heute ab 13 Uhr im Parlament. Zur Sprache wird dabei auch das geplante "Handy-Verbot" für Autofahrer kommen.

Die Argumente für das Telefonieren mit Freisprechanlagen liegen überzeugend auf dem Tisch. Der ARBÖ spricht sich für eine saubere und vor allem vom Zeitablauf vernünftige Übergangslösung aus.

Dabei muß sichergestellt sein:

1. Telefonieren mit dem Handy muß bei Stillstand des Fahrzeuges auch ohne Freisprechanlage erlaubt sein.
2. Die Verordnung des Verkehrsministers muß darauf Rücksicht nehmen, daß der Einbau von Freisprechanlagen aufgrund der vorhandenen Produktions- und Einbaulogistik nicht von heute auf morgen stattfinden kann.

Der ARBÖ appelliert schon heute an die Autofahrer aus Sicherheitsgründen vom Telefonieren während der Fahrt möglichst abzusehen. Kaskoversicherungen können Schadenersatzleistungen verweigern, wenn die Ablenkung des Lenkers zu groß ist.

Diese Regelung gilt auch heute schon, beispielsweise für jene die sich während der Fahrt nach einer herabgefallenen Zigarette bücken und dabei einen Schaden verursachen. Der ARBÖ spricht sich massiv gegen alle überzogenen Forderungen nach weiteren Versicherungsregressen etwa in der Kfz-Haftpflichtversicherung aus.

Der ARBÖ wird über die Kosten der Freisprechanlagen und deren Einbau laufend Markterhebungen durchführen. Ein Geschäft auf dem Rücken der Kraftfahrer darf diese Verkehrssicherheitsmaßnahme nicht werden.

Rückfragehinweis: ARBÖ Presse

e-mail: presse@arboe.or.at

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0114 1998-04-21/11:31

211131 Apr 98

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980421_OTS0114